

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Rates
am Dienstag, 17.01.2017, 18.00 - 19.34 Uhr

1. Fragestunde für Einwohner

Aus dem Kreis der Zuhörer wurden keine Fragen gestellt.

**2. Haushaltsentwurf 2017 der StädteRegion Aachen;
hier: Benehmenserstellung zur Festsetzung der Regionsumlage(n)**

Zu diesem Thema ergab sich eine ausführliche Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Mathar, Kreitz, Krickel und Germ beteiligten.

Für die SPD-Fraktion wies Vorsitzender Mathar darauf hin, dass das Ziel der Städteregionsgründung, Synergieeffekte zu erzielen und die Wirtschaftskraft zu stärken, nicht erreicht worden sei. Die Regionsumlage sei wesentlich höher als in benachbarten Kreisen. Seitens der SPD-Fraktion werde das Benehmen daher nicht hergestellt.

Für die CDU-Fraktion versicherte Vorsitzender Kreitz, man tue sich ebenfalls schwer mit der Zustimmung, andererseits bewege sich die Anhebung aber nach entsprechenden Verhandlungen nunmehr unter 1 % und aufgrund der Wirtschaftskraft der eigenen Monschauer Unternehmen sei nach derzeitigem Stand auch keine Steuererhöhung nötig. Zum Beschlussvorschlag der Verwaltung formulierte er Ergänzungen, über die im Anschluss an die Aussprache abgestimmt wurde.

Fraktionsvorsitzender Krickel, Bündnis 90/Die Grünen, forderte eine sparsame Mittelbewirtschaftung durch die Städteregion, wies aber auch auf die umfangreiche Aufgabenwahrnehmung zugunsten der Kommunen hin.

Vorsitzender Germ kündigte für das Bürgerforum 21/FDP Zustimmung an, da kein Nachtragshaushalt erforderlich werde.

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, ergänzt um die Anregungen der CDU-Fraktion, stimmte der Rat zu jeder Ziffer einzeln wie folgt ab:

1. mehrheitlich (bei 7 Nein-Stimmen):

„Zu der vom Städteregionsrat am 09.12.2016 für das Haushaltsjahr 2017 angekündigten Erhöhung des Hebesatzes für die Allgemeine Regionsumlage von bisher 44,5560 v.H. auf 45,5508 v.H. wird nach § 55 Abs. 1 KrO durch die Stadt Monschau das Benehmen hergestellt, wenn zur Abdeckung des Defizites 2015 keine Sonderumlage erhoben wird und die StädteRegion ihre Konsolidierungsbemühungen fortsetzt. Dies soll im Übrigen auch als Maßgabe für eine eventuelle Defizitabdeckung 2016 in 2018 erwartet werden.“

2. mehrheitlich (bei 7 Nein-Stimmen):

„Zu der vom Städteregionsrat am 09.12.2016 für das Haushaltsjahr 2017 angekündigten und in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe am 20.12.2016 revidierten Erhöhung des Hebesatzes für die Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe von bisher 25,8363 v.H. auf 27,5346 v.H. wird nach § 55 Abs. 1 KrO durch die Stadt Monschau das Benehmen hergestellt, wenn eine zusätzliche Controllinginstanz zur Überwachung der unterjährigen Entwicklung der Aufwendungen im Jugendamtsbereich eingerichtet wird; und Rat und Fachausschüsse der Stadt Monschau fortlaufend informiert werden.“

3. mehrheitlich (bei 1 Nein-Stimme):
„Zu der vom Städteregionsrat am 09.12.2016 für das Haushaltsjahr 2017 zunächst angekündigten Erhöhung, durch Schreiben vom 11.01.2017 jedoch in eine Verminderung abgewandelten Anpassung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV von bisher 550.081,86 € auf 434.017,00 € wird nach § 55 Abs. 1 KrO durch die Stadt Monschau das Benehmen hergestellt.“
4. einstimmig:
„Der Rat der Stadt Monschau hat die Erwartung, dass die Aufstellung der Städteregionshaushalte künftig wieder innerhalb der üblichen Fristen erfolgt und keine Doppelhaushalte aufgestellt werden.“

3. Beitritt der Stadt Monschau zur „d-NRW AöR“

Der Rat beschloss ***einstimmig:***

1. Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Monschau zur „d-NRW AöR“ rückwirkend zum 01.01.2017.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die der Beschlussvorlage als Anlage 4 beigefügte Beitrittserklärung abzugeben.

4. 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monschau vom 28.10.1999

Einstimmig beschloss der Rat die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monschau vom 28.10.1999.

5. Einführung eines neuen Brandschutzgesetzes; hier: Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Feuerwehr in der Stadt Monschau

Entgegen der Formulierung im Satzungsentwurf schlug Bürgermeisterin Ritter ein rückwirkendes Inkrafttreten erst zum 01.01.2017 vor, um die bereits abgerechneten Fälle nicht nachbelasten zu müssen.

Sodann beschloss der Rat ***einstimmig*** die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Feuerwehr in der Stadt Monschau (Inkrafttreten zum 01.01.2017).

6. Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr 2017; hier: Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung

Bürgermeisterin Ritter verwies auf den Antrag der AMU, die Verkaufsstellen in der Zeit von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr zu öffnen. Die ordnungsbehördliche Verordnung sei in § 1 entsprechend zu ändern.

Mit diesen geänderten Uhrzeiten beschloss der Rat sodann **einstimmig** die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung der verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2017.

7. Weihnachtsmarkt 2017

An der Diskussion zu diesem Thema beteiligten sich die Stadtverordneten Victor, Krickel, Kreitz, Alt, Mathar und Kaulen.

Ortsvorsteher Kaulen bat um Zustimmung zur Erweiterung der Öffnungszeit, da es sich wegen der zeitlichen Lage von Heiligabend um eine Ausnahme handele und lediglich ein Tag zusätzlich geöffnet sei.

Themen der weiteren Aussprache waren unter anderem die Belastung der Anwohner und die zukünftige Ausrichtung des Weihnachtsmarktes (Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung). Bürgermeisterin Ritter nahm den Appell, die Qualität des Weihnachtsmarktes zu verbessern, zur Kenntnis und sagte eine diesbezügliche Abstimmung zwischen der MonTour, der AMU und der Politik zu.

Der Rat beschloss daraufhin bei **3 Nein-Stimmen** einer Erweiterung der Öffnungszeit des diesjährigen Weihnachtsmarktes auf Freitag, 24.11. und Samstag, 25.11.2017 zuzustimmen.

8. Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen der Ratsmitglieder lagen keine vor.

9. Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Sitzungsterminplan 2017

Stadtverordneter Fichtner bemängelte die fehlende Terminierung einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Auch habe er auf seine schriftliche Anfrage zum Sachstand der Erstellung der Jahresrechnungen keine Antwort der Verwaltung erhalten.

Kämmerer Boden verwies darauf, dass seine Anfrage vom 06.01.2017 sei und ihm am selben Tag die Vorlage zu TOP 9.2 der Ratssitzung zugegangen sei (Mitteilung über den Bearbeitungsstand der Jahresabschlussarbeiten 2009 und 2010 und Ausblick auf die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2011 voraussichtlich Ende Februar 2017). Der Rat sei auch in seiner Sitzung am 29.11.2016 umfassend informiert worden.

Die Verwaltung sagte eine Erweiterung des Sitzungsplanes um eine Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (vor der Ratssitzung am 04.04.2017) zu. Außerdem werde ein weiteres interfraktionelles Gespräch zur Haushaltsberatung für den 06.11.2017 terminiert.

9.2 Jahresabschlussarbeiten 2009 und 2010; hier: Mitteilung über Bearbeitungsstand

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.